

Dr. Roland Schmidt
Taunusweg 29
34277 Fuldabrück
<http://mietwertforum.de/>

DRSC e.V.
Charlottenstraße 59
10117 Berlin

Betr.: Stellungnahme zu Proposed Improvements to International Accounting Standard IAS 16 (Property, Plant and Equipment)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden sich wahrscheinlich wundern, dass gemäß Ihrer Aufforderung auch lediglich "interessierte Personen" wie ich, die nicht berufsmäßig mit Bewertungsfragen befaßt sind, zu Ihren Vorschlägen einer Neufassung von Bewertungsstandards Stellung nehmen.

Ich fühle mich hierzu berufen, weil ich durch eigene Erfahrung feststellen mußte, wie schwer es ist, die (nach eigener begründeter Ansicht) Fehlerhaftigkeit einer konkreten, durch einen deutschen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen und F.R.I.C.S vorgenommenen, Immobilienbewertung (hier einer Mietwertbestimmung), nachzuweisen und zu belegen. Darüber hinaus ist man als außenstehender naturwissenschaftlich gebildeter Mensch verwundert, welche fragwürdigen Methoden der Immobilienbewertung zum Teil in deutschen Fachzeitschriften veröffentlicht werden, ohne dass aus den Reihen der Immobiliensachverständigen selbst eine gebührende Kritik dieser Veröffentlichungen zu vernehmen ist. Einige Beispiele hierzu habe ich auf meiner zu diesem Zweck angelegten Internet-Hompage <http://www.mietwertforum.de/> dargelegt.

Die Schwierigkeit dieses Nachweises der "Falschheit" einer Bewertung liegt vor allem darin begründet, dass ein Mangel an eindeutigen Kriterien besteht, anhand derer eine konkrete Bewertung als eindeutig falsch klassifiziert werden kann.

Als Mangel des im Internet veröffentlichten Vorschlags sehe ich daher auch die m.E. unzureichende Festlegung solcher Kriterien. Die Zielkriterien einer Immobilienbewertung mögen für einen seriösen Immobilienbewerter in dem Vorschlag ausreichend klar dargelegt sein, worum es jedoch bei der Festlegung von Bewertungsstandards vor allem gehen muß, ist die Verhinderung bewußter Falschbewertungen, was wohl nur durch die Festlegung eindeutiger und auch justiziable Kriterien gelingen kann.

In dem Änderungsvorschlag finden sich als Bewertungsziele die folgenden Definitionen:

Fair value is the amount for which an asset could be exchanged between knowledgeable, willing parties in an arm's length transaction.

The fair value of land and buildings is usually its market value. This value is determined by appraisal normally undertaken by professionally qualified valuers.

Die Definition des "fair value" als "usually its market value" erscheint mir zu unbestimmt. Es bedarf m.E. einer klaren Bestimmung, in welchen Fällen etwas anderes als der "market value" verwendet werden darf. Dafür, dass diese Bedingungen erfüllt sind, muß eine "Beweispflicht" für den Sachverständigen gefordert werden.

Eine eigenständige Definition des "market value" fehlt. Diese Definition müßte in die Richtlinien aufgenommen werden, zumindest durch Bezug auf eine andernorts erfolgte Definition eindeutig beschrieben sein. Nach dem jetzigen Wortlaut wäre das als "market value" anzusehen, was ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger dafür hält, wäre somit also gänzlich in das Ermessen des Bewerter gestellt. Die Bewertung eines möglicherweise unseriösen aber qualifizierten Bewerter könnte bei dieser Formulierung für sich den Anspruch erheben, "market value" zu sein.

Weiterhin ist die Forderung zu stellen, dass nur anerkannte und validierte Bewertungsmethoden zum Einsatz kommen. Entsprechende Regelungen sind z.B. in Deutschland durch die Wertermittlungsverordnung und die Richtlinien zur Wertermittlungsverordnung normiert. Die speziellen Algorithmen von Bewertungsmethoden müßten vor ihre Anwendung durch ein Gremium von unabhängigen Wissenschaftlern (nicht nur aus Kreisen professioneller Immobilienbewerter) "zertifiziert" werden.

Von den Bewertern ist eine Offenlegung zu fordern, unter Verwendung welcher dieser "zertifizierten" Bewertungsmethoden die konkrete Bewertung vorgenommen wurde.

Weiterhin ist zu fordern, dass alle Eingangsdaten sowie sämtlich Zu- und Abschlüsse einer Bewertung durch Tatsachen zu belegen sind. Der Verwendung häufig anzutreffender rein subjektiver Taxierung wertbildender Merkmale sind enge Grenzen zu setzen. Im Falle einer nicht durch Tatsachen belegten Taxierung wertbildender Merkmale ist die Angabe zu fordern, in welchem prozentualen Maße die rein subjektiven Einschätzungen das Endergebnis der Bewertung beeinflussen. Weiterhin ist der statistische Nachweis (z.B. durch Regressionsanalyse) zu fordern, dass als vermutlich wertbestimmend angesehene Merkmale wirklich wertbestimmend sind.

In der Hoffnung, trotz der laienhaftigkeit meiner Ausführungen einige nützliche Anregungen im Sinne eines Schutzes vor unseriösen Wertermittlungen gegeben zu haben

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Roland Schmidt

Deutscher Standardisierungsrat
DRSC e.V.
Charlottenstr. 59
10117 Berlin

Berlin, 2. September 2002

Änderung der IAS / Geplante Streichung der LIFO-Methode

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Exposure Draft of Revised IAS 2 schlägt der IASB vor, das Wahlrecht zur Bewertung von Vorräten nach der LIFO-Methode abzuschaffen. Die LIFO-Bewertung hat für unsere Branche eine herausragende Bedeutung. Wir vertreten fast 700, überwiegend mittelständische Unternehmen der Metall- und Edelmetall-Industrie mit erheblichen Beständen an Kupfer, Zinn, Zink, Aluminium, Gold, Silber, Platin und anderen Platingruppenmetallen wie Palladium, Rhodium und Iridium. Der Preis dieser Metalle wird an den Welt-Metallbörsen festgesetzt und unterliegt erheblichen Schwankungen; charakteristisch sind spekulative Preissteigerungen, die oft nicht nachhaltig sind und wieder in sich zusammenbrechen. Mit Hilfe der LIFO-Methode wird der Ausweis von z. T. enormen Scheingewinnen und anschließenden Scheinverlusten vermieden und so eine zutreffende Darstellung der Ertrags- und letztlich auch der Vermögenslage ermöglicht. Insbesondere wird mit der Anwendung der LIFO-Methode sichergestellt, dass eine existenzbedrohende Besteuerung solcher Gewinne entfällt. Diese Besteuerung hatte in den 80er Jahren zu gehäuften Insolvenzen in der Schmuckindustrie geführt.

Wirtschaftsvereinigung Metalle
• Haus der Metalle
Am Bonnhof 5 • 40474 Düsseldorf Tel.: 02 11.47
96-0 • Fax: 02 11.47 96-400^
• Hauptstadtbüro
Wallstraße 58/59 • 10179 Berlin Tel.: 030.72 62 07-
100 • Fax: 030.72 62 07-1S Internet:
www.wvmetalle.de

Die Begründung des IASB für die geplante Streichung der LIFO-Methode lautet:

1. Nach der Zielvorstellung des Board sollen die vorhandenen Wahlrechte reduziert oder abgeschafft werden (zwecks Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit und Akzeptanz), vgl. Appendix A2.
2. Die LIFO-Methode könnte zu einer unzutreffenden Darstellung der Ertragslage führen, da die tatsächliche Verbrauchsfolge in der Regel anders verlaufe, vgl. Appendix A4 und A5.
3. Steuerliche und landesspezifische Regelungen sollen nicht in Standards übernommen werden, vgl. Appendix A6.

Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu 1.: Selbst wenn dem Board als ideale Lösung vorschwebt, alle Wahlrechte abzuschaffen, so hat er seine Zielvorstellung formuliert mit „to re-duce or eliminate alternatives“ (App. 2A), d.h. einzelne Wahlrechte können beibehalten werden, wenn dies aufgrund besonderer Umstände erforderlich ist. Solche sind hier mit der großen Bedeutung der LIFO-Methode gegeben.

Dieses Bewertungsverfahren wird nicht nur in unserer Branche, sondern auch in zahlreichen anderen Branchen für die Vorratsbewertung angewendet. Die LIFO-Methode ist auch im Ausland in einer Vielzahl von Ländern verbreitet, insbesondere in den USA, in der sie entwickelt wurde.

Die praktische und zahlenmäßige Bedeutung für unsere Mitgliedsfirmen ergibt sich aus den Besonderheiten unserer Branche, auf die wir aufmerksam machen wollen: Die Unternehmen der Metall- und Edelmetall-Industrie verfügen über Metall-Bestände, die im Verhältnis zum übrigen Vorratsvermögen und zum Eigenkapital außerordentlich hoch sind. Ende 2001 betrug das Verhältnis zwischen Edelmetallbeständen und übrigem Vorratsvermögen bei einem unserer großen Mitgliedsunternehmen 178 Mio. Euro LIFO-Wert zu 220 Mio. Euro und das Verhältnis von Edelmetallbeständen zum Eigenkapital 178 Mio. Euro LIFO-Wert zu 861 Mio Euro, d. h. ca. 20 % des gesamten Eigenkapitals ist durch Edelmetallbestände gedeckt (alle Zahlen = Konzernzahlen).

Dies hängt einmal mit dem hohen Marktwert insbesondere der Edelmetalle zusammen, zum anderen mit den Besonderheiten der Produktion, die einen hohen Bestand erfordern. Bei der Produktion von z. B. Silberkontakten für die Elektroindustrie, Vorstoffen für Juweliere oder Kupferblechen für die Bauindustrie muss stets ein Mehrfaches der auszubringenden Menge eingesetzt werden. So können in Einzelfällen bis zu 400 kg Metall eingesetzt werden, um 100 kg in Produktform herzustellen. Die nicht im Endprodukt enthaltenen 300 kg gehen in den verschiedenen Produktionsstufen als Verschnitt, Bearbeitungsreststoffe, usw. wieder in den Produktionskreislauf zurück. Vereinfacht ausgedrückt gehen Rohmetalle z. B. in Form von Granalien in den Produktionsprozeß, werden legiert und in mehreren Arbeitsschritten verarbeitet, z. B. zu Stangen gezogen und dann zu Platten ausgewalzt, aus denen wiederum Teile ausgestanzt werden, die in Endprodukte eingehen. Dabei sind Endstücke nicht verwendbar und müssen abgeschnitten werden, Ränder sind zu begradigen und es fallen erhebliche Stanzreste an. Diese Abfälle werden eingeschmolzen und gehen danach wieder in den Produktionsprozess zurück. Sie kreisen somit im Betrieb und müssen vom Unternehmen zur Aufrechterhaltung der Produktion ständig vorgehalten werden. Vgl. hierzu die beiliegende Zeichnung. Diese Vorräte haben somit eine anlageähnliche Funktion, da sie nicht zum Verkauf bestimmt sind. Eine planmäßige Abschreibung entfällt, weil sie wieder aufgearbeitet werden und sich nicht abnutzen.

In diesem Zusammenhang stellt die LIFO-Methode auch eine Bewertungsvereinfachung dar, da die einzelnen Bestandteile der eingesetzten Metallmengen sich in der Produktion und beim Einschmelzen vermischen und körperlich nicht verfolgt werden können.

Zur betriebsnotwendigen Höhe der Metallbestände kommen die erheblichen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, nach oben teilweise bis zu 100% innerhalb von 18 Monaten, in Einzelfällen auch mehr (vgl. die beiliegenden Statistiken):

Beispiele: Kupfer pro 100 kg:	Januar 1999	123,64 Euro
	Dezember 1999	175,05 Euro
	September 2000	225,91 Euro
	Dezember 2000	207,08 Euro
	Dezember 2001	165,34 Euro
Palladium pro Unze:	Dezember 1991	88,36\$
	Dezember 1998	296,88 \$
	Dezember 1999	424,09 \$
	Dezember 2000	914,03\$
	Dezember 2001	399,25 \$

Die Preissteigerungen von Gold von 173 \$ pro Unze Anfang 1978 auf 614 \$ im Jahresdurchschnitt 1980 und der anschließende Preisverfall, mit Zwischenhoch in den Jahren 1987 bis 1989, auf rd. 260 \$ in 2001 (Juni 2002 wieder 321 \$), und die noch krassere Entwicklung bei Silber sind sicher allseits bekannt.

Diese Besonderheiten würden bei Anwendung der Durchschnittsbewertung zu gravierenden Verzerrungen im Jahresabschluss und zu einer existenzbedrohenden Besteuerung führen. Von dieser Bedeutung her ist ausnahmsweise die Beibehaltung des Wahlrechts gerechtfertigt.

Zu 2.: Anders als der IASB ist die gesamte Branche der Meinung, dass gerade die Anwendung der LIFO-Methode zu einer zutreffenden Darstellung der Ertragslage führt und dass eine illusionäre Darstellung der Vermögenslage vermieden wird. Die Argumentation des IASB mag zutreffen, wenn übliche laufende Preissteigerungen in geringem Umfang vorliegen. Der von uns dargestellte Fall liegt aber anders: Die starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt würden bei der Durchschnittsbewertung zunächst zu erheblichen Buchgewinnen führen, die aber nicht realisierbar sind, weil anderenfalls die Produktion nicht aufrecht erhalten werden könnte. Sie werden daher in unserer Branche als Scheingewinne bezeichnet, da diese Gewinne erst im Falle der Liquidation des Unternehmens realisierbar sind. Dabei können sich Buchgewinne in Höhe eines Jahresergebnisses einstellen. Der Ausweis solcher Gewinne würde einen völlig falschen Eindruck von der Ertragskraft des Unternehmens geben. Dies gilt auch dann, wenn der „Scheingewinn“ nicht als operativer Gewinn, sondern separat ausgewiesen würde. Dies wäre stets erklärungsbedürftig und würde Missverständnisse und viele Fragen auslösen, da die Besonderheiten unserer Branche nicht allgemein bekannt sind. Sinken die Marktpreise anschließend wieder, müssten enorme „Scheinverluste“ ausgewiesen werden, was wiederum zu Verzerrungen und Erklärungsbedarf führen würde. Ähnlich ist die Situation bei der Darstellung des Bilanzvermögens. Eine Aufwertung der Vorräte würde zu einer Wertvorstellung für das Unternehmen führen, die schnell wieder in sich zusammenbrechen kann und dann Irritationen und Enttäuschungen auslöst, denn Preissteigerungen sind - wie oben gezeigt - oft nicht nachhaltig. Die notwendige Angabe der Bewertungsdifferenz im Anhang gibt den Fachleuten ausreichende Auskunft.

Zu 3.: Dass steuerliche Aspekte nicht in die IAS einfließen sollen, ist einerseits als Zielvorstellung verständlich, andererseits müssen aber die negativen Auswirkungen im Einzelfall bedacht werden. Gerade die existenzbedrohenden finanziellen Konsequenzen waren in Deutschland der Anlass für die steuerliche Anerkennung der LIFO-Methode. Anderenfalls wären die Unternehmen unserer Branche durch enorme Steuerzahlungen, denen keine realisierbaren Gewinne gegenüber gestanden hätten, in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Die anschließenden Buchverluste durch Preisrückgänge hätten wenig Erleichterungen gebracht, da sie nur zu einem Verlustvortrag geführt hätten; ein Verlustrücktrag ist steuerlich nur in geringem Umfang zulässig. Die Auswirkungen einer Besteuerung auf Basis von Edelmetall-Marktpreisen lässt sich durch die Zahlen eines unserer großen Mitgliedsunternehmen belegen: Der Marktwert der Edelmetallbestände im Konzern lag Ende 2001 ca. 100 Mio. Euro, Ende 2000 sogar ca. 180 Mio. Euro über dem LIFO-Buchwert. Wenn die LIFO-Methode in den LAS gestrichen wird und die IAS für die Besteuerung maßgeblich werden sollten, entfällt die für unsere Branche notwendige steuerliche Wirkung. Dies würde insbesondere für die kleineren mittelständischen Mitgliedsunternehmen zu einer Existenzbedrohung führen. Aber auch wenn die Besteuerung in Zukunft nach anderen Kriterien erfolgen sollte, hätte die Streichung der LIFO-Bewertung eine Signalwirkung bei einer Bereinigung des HGB (sofern dieses bestehen bleibt) oder bei einer Neubemessung eigenständiger Besteuerungsgrundlagen.

Auch die Finanzierung der Unternehmen bei den Banken würde durch die starken Bilanzschwankungen ohne die LIFO-Methode erheblich erschwert.

Letztlich möchten wir nochmals auf die USA hinweisen, wo die LIFO-Methode schon lange handelsrechtlich und auch steuerlich zulässig ist. Der IASB sollte alles daran setzen, keinen zusätzlichen Konfliktpunkt zu schaffen, der die Anerkennung der LAS durch die SEC weiterhin behindern könnte.

Sollte der IASB an einer Streichung der LIFO-Methode festhalten, müsste eine Sonderregelung für die von uns geschilderte besondere Fallgruppe gefunden werden. Man könnte daran denken, die Metalle in LAS 2 Abschnitt Ic einzufügen mit der Maßgabe, dass LAS 2 insoweit nicht anzuwenden ist, wenn die Metalle z. B. nach einer branchenüblichen anerkannten Methode bewertet werden. Eine andere Variante wäre die Behandlung als Anlagevermögen mit der Möglichkeit, dass die ursprünglichen Anschaffungskosten auch bei dem zwangsläufigen und produktionsbedingten Austausch in Anwendung des Abschnitts 22 von IAS 16 beibehalten werden können. Dieser Abschnitt steht zwar ebenfalls auf der Prüfliste, seine Beibehaltung wird aber bereits gefordert, z. B. in der vorläufigen Stellungnahme der EFRAG.

Wir bitten Sie daher, unsere Position an den IASB weiterzuleiten und uns in der Sache nachhaltig zu unterstützen.

Mit freundlichem Gruß



M. Kneer

Anlagen

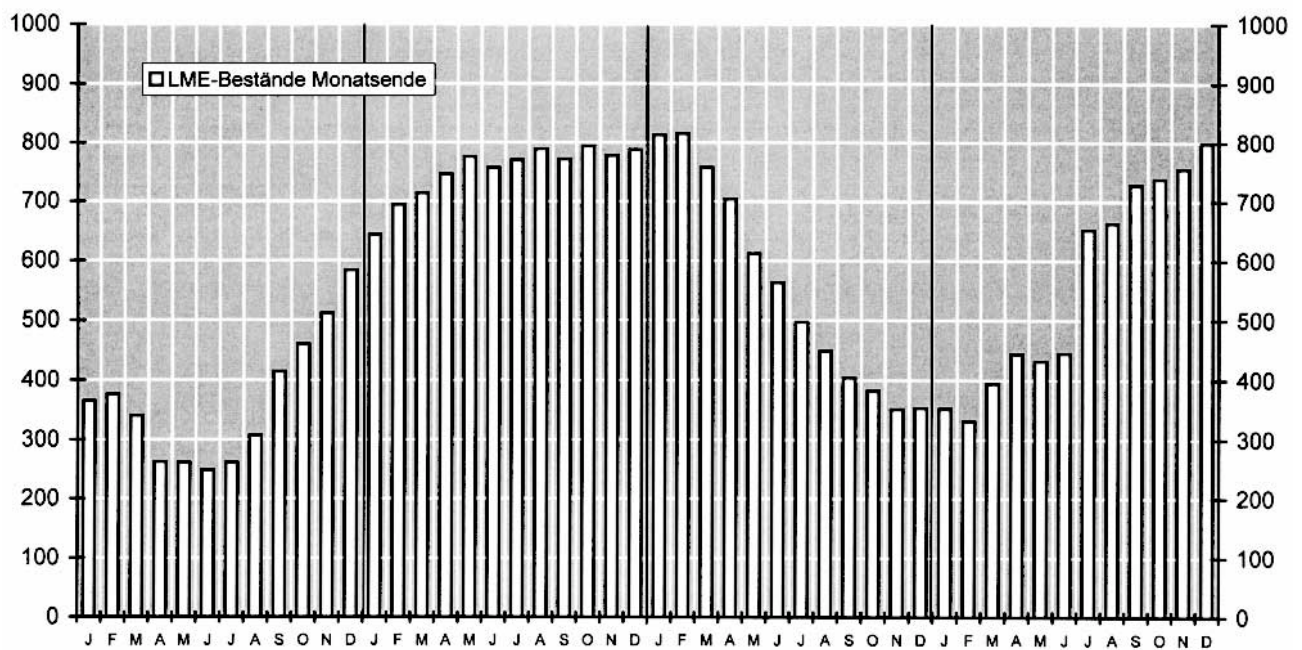
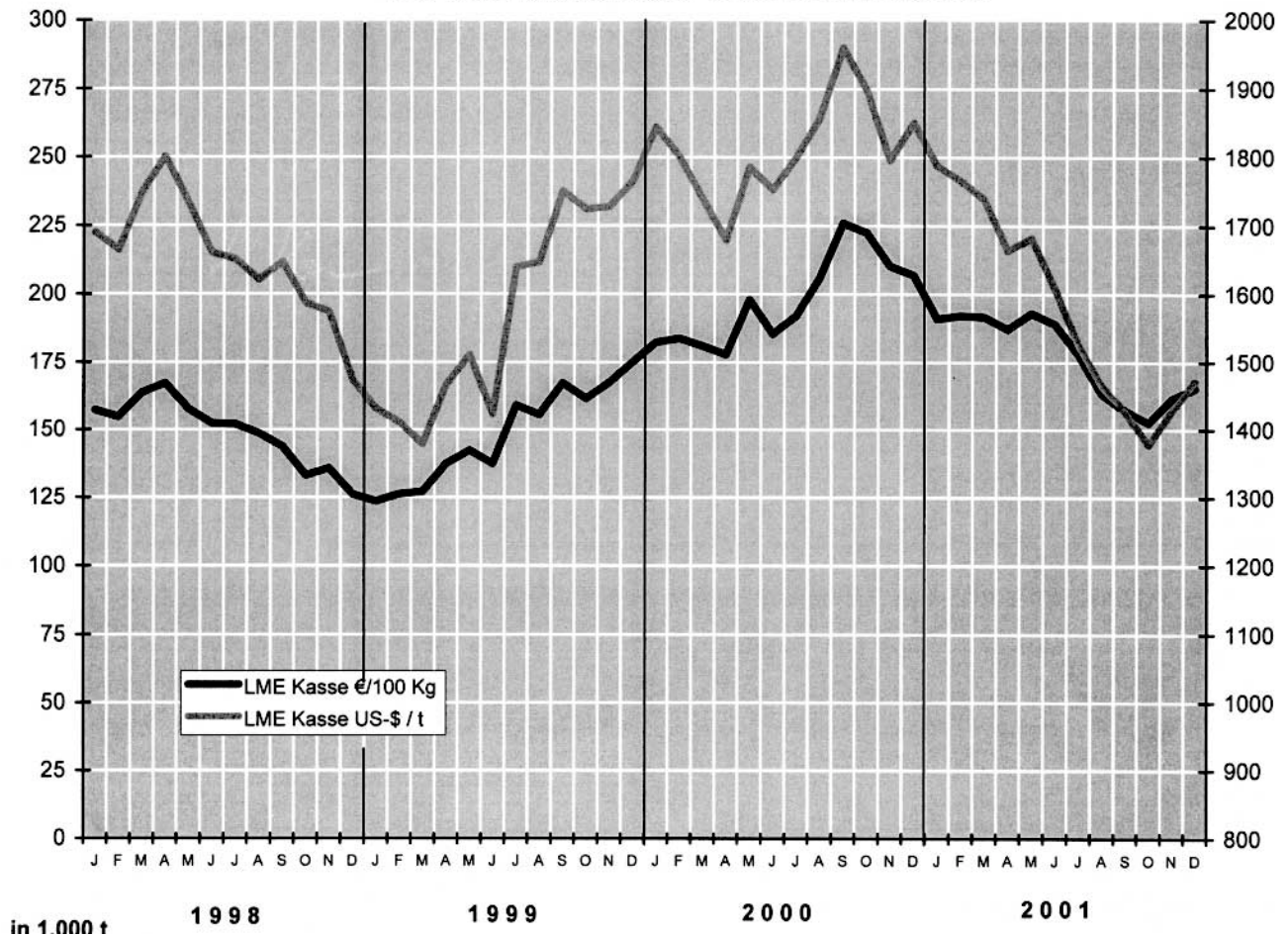
KUPFER

Preise und Bestände

€/100 Kg

Monatsdurchschnitte Januar 1998 bis Dezember 2001

US - \$ / t



Kupferpreise

Londoner Metallbörse				Londoner Metallbörse
Kasse *				Kasse*
US-\$ /Tonne				€ / 100 Kg
	D	H	N	D
1999				
Januar	1.431,18	1.463,00	1.399,00	123,64
Februar	1.410,80	1.472,50	1.357,00	126,18
März	1.378,35	1.431,50	1.354,00	127,05
April	1.466,00	1.568,00	1.368,00	137,37
Mai	1.511,16	1.567,50	1.357,00	142,27
Juni	1.422,48	1.546,00	1.361,50	137,50
Juli	1.640,00	1.706,50	1.599,00	158,97
August	1.646,76	1.678,50	1.606,00	155,61
September	1.750,34	1.793,50	1.707,50	167,20
Oktober	1.724,12	1.765,00	1.653,00	161,55
November	1.727,55	1.761,00	1.684,00	167,49
Dezember	1.764,75	1.846,00	1.708,00	175,05
2000				
Januar	1.843,98	1.898,00	1.812,00	182,34
Februar	1.800,83	1.851,00	1.726,00	183,79
März	1.739,39	1.779,00	1.703,00	180,96
April	1.678,75	1.723,00	1.607,00	177,87
Mai	1.785,62	1.829,00	1.719,00	198,02
Juni	1.752,27	1.794,50	1.707,00	185,42
Juli	1.799,36	1.863,00	1.741,00	192,10
August	1.855,86	1.900,00	1.834,00	205,91
September	1.960,40	2.009,00	1.894,00	225,91
Oktober	1.898,59	1.966,50	1.810,00	222,65
November	1.795,11	1.828,50	1.759,00	210,45
Dezember	1.850,55	1.903,50	1.808,50	207,08
2001				
Januar	1.787,50	1.837,00	1.720,50	191,10
Februar	1.765,65	1.807,50	1.736,00	192,21
März	1.738,77	1.822,50	1.664,50	191,73
April	1.664,16	1.693,00	1.632,00	187,25
Mai	1.682,21	1.730,00	1.632,50	193,09
Juni	1.608,45	1.671,00	1.550,50	189,16
Juli	1.525,20	1.573,00	1.465,00	178,00
August	1.464,43	1.507,00	1.426,00	163,28
September	1.426,33	1.454,00	1.403,00	157,07
Oktober	1.377,63	1.403,50	1.342,00	152,60
November	1.427,73	1.537,50	1.319,00	161,38
Dezember	1.471,74	1.540,50	1.441,00	165,34

D = Monatsdurchschnitt

H = Höchster Tageswert im Monat

N = Niedrigster Tageswert im Monat

*ab LME-Lagerhaus zuzüglich metallspezifischer Zuschläge

(z. B. Fracht, Zins, Zoll, Prämien für Formate)

Alle Angaben ohne Gewähr

© Wirtschaftsvereinigung Metalle, Düsseldorf



OMG AG & Co. KG - Precious Metals Management
Postfach 1351 - D-63403 Hanau-Wolfgang
Telefon (06181) 59-42 20 - Telefax (06181) 59-7 42 20

PALLADIUM / London Fixing / Monats- und Jahresdurchschnitte

(Seit 26.4.1976 wird nachmittags, seit 1.8.1983 auch vormittags in London ein offizieller Preis notiert)
(Seit 1989 wird in London ein Fixing durchgeführt)

alle Werte in US-\$ / troz. (1 troz. = 31,1035 g)

Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahres- durchschnitt (gewogen)	effektive Höchst- und Tiefwerte der einzelnen Jahre		
														Hoch	am	Tief am
1976				41,15	41,87	50,64	57,01	50,31	52,77	51,46	51,93	51,10		60,50	07.07.	40,50 26.04.+06.05
1977	54,03	57,82	56,84	54,34	51,69	43,99	44,12	41,78	41,72	42,43	49,20	51,16	49,02	58,50	03.02.	41,00 diverse
1978	55,54	63,98	62,99	59,27	60,42	59,32	59,19	61,44	59,99	71,75	67,48	69,47	62,56	82,00	30.10.	52,50 div. Jan.
1979	76,57	98,03	95,03	93,84	107,46	124,13	121,19	118,55	138,46	145,74	140,66	164,47	118,57	183,00	27.+31.12	70,00 03.01.
1980	225,25	266,38	239,74	189,53	160,73	169,98	198,39	203,53	210,66	201,07	181,48	155,15	200,73	355,00	05.03.	140,50 16.12.
1981	128,75	112,24	116,70	108,68	103,25	92,59	83,84	85,53	85,66	78,94	70,11	69,73	94,41	146,00	06.01.	64,50 24.11./01.12.
1982	66,89	66,83	66,84	69,43	68,33	57,27	57,27	57,97	63,89	61,43	72,63	87,95	66,31	101,00	29.12.	49,00 21.06.
1983	122,39	122,68	99,48	120,55	131,14	131,07	145,37	148,42	152,20	142,32	146,23	162,06	135,21	171,00	20.12.	96,75 23.03.
1984	156,11	158,98	160,06	159,30	154,71	151,81	137,87	137,27	137,56	139,60	145,55	134,87	147,86	163,00	25.04.	128,00 div. Dez.
1985	120,15	124,80	112,78	112,81	108,42	98,94	94,71	102,96	99,45	102,07	101,11	96,33	106,19	130,00	31.01./01.02.	91,25 37601,00
1986	103,12	102,36	110,57	108,38	109,12	110,43	111,98	129,43	142,48	136,23	123,22	117,90	117,29	151,00	05.09.	95,25 div. Jan.
1987	123,70	120,67	124,12	137,81	148,11	139,11	141,07	141,24	137,32	131,45	114,09	120,57	131,63	161,00	27.04.	104,50 05.11.
1988	124,65	119,67	122,17	123,14	123,50	128,05	125,86	123,82	120,57	121,79	126,30	132,27	124,25	146,00	19.12.	115,25 01.02.
1989	135,04	141,70	146,63	167,20	154,38	153,02	150,93	134,95	137,71	137,31	139,06	138,51	144,64	180,60	14.04.	131,50 div. Jan.
1990	135,47	135,51	130,28	127,07	119,54	115,55	117,08	115,61	105,24	95,50	93,78	89,68	115,10	137,55	15.01.	81,75 31.12.
1991	87,01	84,34	86,10	96,60	95,48	97,07	94,63	83,05	81,93	85,28	85,34	82,80	88,36	102,65	26.04.	78,25 16.08.
1992	82,99	85,49	84,39	83,46	82,74	80,66	87,03	85,51	90,85	94,72	94,49	106,67	88,22	113,50	14.12.	78,50 06.01.
1993	109,87	110,52	106,27	114,73	119,55	127,03	139,44	136,90	121,43	129,68	128,18	124,70	122,48	146,00	02.07.	99,60 25.02.
1994	124,31	131,78	133,03	133,59	136,10	137,20	146,07	152,15	152,96	154,60	156,47	153,56	142,82	161,25	03.11.	123,25 11.01.
1995	156,05	156,91	162,70	169,78	160,49	158,56	155,35	149,65	143,47	136,88	134,28	131,84	151,31	178,25	05.04.	127,50 29.12.
1996	129,62	139,34	138,18	136,35	132,07	129,55	131,95	127,09	121,59	117,53	117,01	117,14	128,12	143,75	15.02.	114,25 28.+29.11.
1997	121,21	136,12	149,01	153,57	171,12	203,12	187,67	213,84	190,84	205,08	208,16	198,73	178,30	245,50	05.08.	117,75 06.01.
1998	225,45	236,81	262,47	322,20	353,92	286,78	306,47	287,11	283,23	277,76	277,54	296,88	284,21	417,00	18.05.	201,00 06.01.
1999	321,73	351,13	352,96	360,52	328,93	337,00	332,24	340,08	361,56	387,07	401,16	424,09	358,16	454,00	29.+30.12.	284,00 05.05.
2000	452,01	635,69	665,93	573,08	571,17	647,09	703,15	760,38	728,38	739,65	783,99	914,03	681,34	972,00	27.12.	433,00 05.-07.01.
2001	1.040,75	973,43	780,86	697,21	654,98	613,92	525,30	455,18	444,15	335,24	328,65	399,25	603,25	1.094,00	26.01.	315,00 02.10. und 01.+13.11.
2002	409,91	374,20	374,55	369,86	356,66	334,82										

Wir machen die vorstehenden Angaben, die wir mit größter Sorgfalt zusammengestellt haben, nach bestem Wissen, können jedoch für die Vollständigkeit und Richtigkeit keinerlei Haftung übernehmen.

alle Werte in US-cents / troz. (1 troz. = 31,1035 g)

Kalender jahr	Jahres- durchschnitt (gewogen)												effektive Höchst- und Tiefstwerte der einzelnen Jahre	
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Hoch	Tief
1968	209,21	199,70	225,01	225,52	241,50	247,83	235,69	220,96	222,50	198,83	197,94	197,94	257,60	184,20
1969	199,92	186,32	184,22	180,02	177,55	165,73	163,28	165,88	178,71	186,04	192,60	180,31	204,20	155,90
1970	185,92	189,17	188,05	184,71	168,10	163,97	168,11	179,31	180,45	174,64	175,88	163,03	192,80	156,80
1971	163,43	159,53	166,01	172,04	166,12	160,35	157,26	158,68	141,62	132,50	131,08	138,35	175,40	127,20
1972	146,28	150,52	152,58	156,68	158,28	156,81	171,81	183,73	178,09	180,01	182,26	195,09	203,10	137,40
1973	200,04	221,70	223,24	217,96	234,44	258,40	281,18	267,49	263,29	284,85	283,15	309,11	325,60	195,60
1974	359,78	526,50	535,17	501,42	536,68	482,75	434,86	444,20	404,51	478,50	468,11	441,61	676,10	327,10
1975	422,95	439,34	438,41	423,38	453,35	448,80	469,28	492,69	449,27	433,48	432,09	408,91	421,10	392,80
1976	406,66	408,77	419,68	434,57	447,38	478,43	476,56	426,09	430,25	422,55	435,91	433,99	508,40	383,00
1977	440,23	453,45	485,74	479,24	470,01	446,74	452,83	446,98	453,55	476,02	482,84	472,29	497,50	431,30
1978	494,39	496,25	525,77	515,78	514,15	532,96	535,30	554,32	559,19	594,50	587,56	592,52	626,40	481,80
1979	620,98	734,82	741,55	745,14	838,76	855,08	916,24	931,51	1.374,96	1.668,38	1.661,74	2.238,81	3.220,00	593,50
(Einige Werte gelten mit Vorbehalt, da für einige Tage keine cent-Notierung verfügbar ist. Dies gilt für Januar, August und Dezember 1971, Juni 1972, Februar und März 1973.)														
1980	3.928,43	3.559,81	2.473,55	1.497,83	1.266,44	1.580,78	1.631,80	1.591,96	1.989,21	2.021,63	1.862,83	1.642,39	4.945,00	1.089,00
1981	1.473,57	1.308,06	1.232,41	1.150,83	1.086,11	999,51	859,30	889,69	1.004,39	924,47	853,34	846,74	1.630,30	803,00
1982	797,99	828,36	723,71	729,30	667,19	556,93	644,22	706,56	873,73	939,91	978,44	1.057,23	1.111,00	490,10
1983	1.242,31	1.397,64	1.064,78	1.172,83	1.295,62	1.177,89	1.205,15	1.205,85	1.195,64	988,49	881,05	917,89	1.466,80	837,00
1984	820,43	911,19	964,96	924,55	895,45	876,94	745,16	760,08	724,35	728,86	749,69	666,93	1.011,00	622,00
1985	608,65	607,93	595,26	645,09	625,87	616,57	608,36	624,98	606,32	618,08	612,45	589,22	675,00	545,00
1986	605,98	587,90	566,33	522,03	509,10	515,35	504,41	521,16	567,37	565,11	557,06	536,57	631,00	485,30
1987	551,88	548,13	566,37	747,27	846,94	742,63	764,14	786,79	760,30	759,76	671,93	681,10	1.092,50	536,00
1988	673,17	634,15	641,07	645,20	654,22	701,57	709,81	670,78	637,18	628,34	629,45	612,18	782,15	605,00
1989	599,04	587,77	594,93	579,33	544,50	528,17	522,97	518,50	513,38	514,49	548,33	556,59	621,00	505,00
1990	524,75	528,94	507,69	505,90	507,30	491,83	487,10	500,18	480,38	438,91	417,29	407,88	535,60	395,00
1991	405,04	373,77	394,81	398,21	404,83	439,29	434,75	395,75	403,75	411,54	407,23	394,71	457,10	354,75
1992	412,14	414,57	411,04	405,25	407,46	406,39	396,75	381,84	377,02	374,98	377,10	372,65	433,50	364,75
1993	368,43	366,00	364,70	396,40	445,52	437,48	501,94	484,49	421,85	434,30	453,32	496,86	542,00	356,00
1994	514,27	524,73	543,50	530,82	542,50	538,76	528,26	519,45	552,37	545,51	519,24	478,22	574,75	464,00
1995	476,95	472,17	464,83	550,30	554,05	536,37	516,48	538,99	543,50	537,41	531,51	517,97	603,75	441,60
1996	547,98	565,00	552,99	541,05	536,59	516,13	506,40	512,97	503,65	492,76	483,15	482,25	582,75	471,00
1997	477,36	507,22	520,32	477,26	475,94	475,52	437,24	449,62	473,19	503,48	507,79	579,45	626,75	422,35
1998	588,20	683,17	624,29	633,26	556,10	526,67	545,52	518,20	499,92	499,88	497,32	487,56	781,00	469,00
1999	514,60	553,06	519,03	506,69	526,97	503,43	517,91	527,26	523,14	541,15	515,51	515,95	575,00	488,00
2000	518,81	524,65	506,38	506,11	498,60	499,72	496,92	488,43	489,04	483,02	467,94	464,13	544,75	457,00
2001	466,28	455,04	439,97	436,71	442,90	436,26	425,43	420,00	435,20	440,12	412,17	435,49	482,00	406,50
														21/22.11.



GOLD / London Fixing (Monats- und Jahresdurchschnitte)

(Das Londoner Fixing wird seit April 1988 in US-\$ notiert)

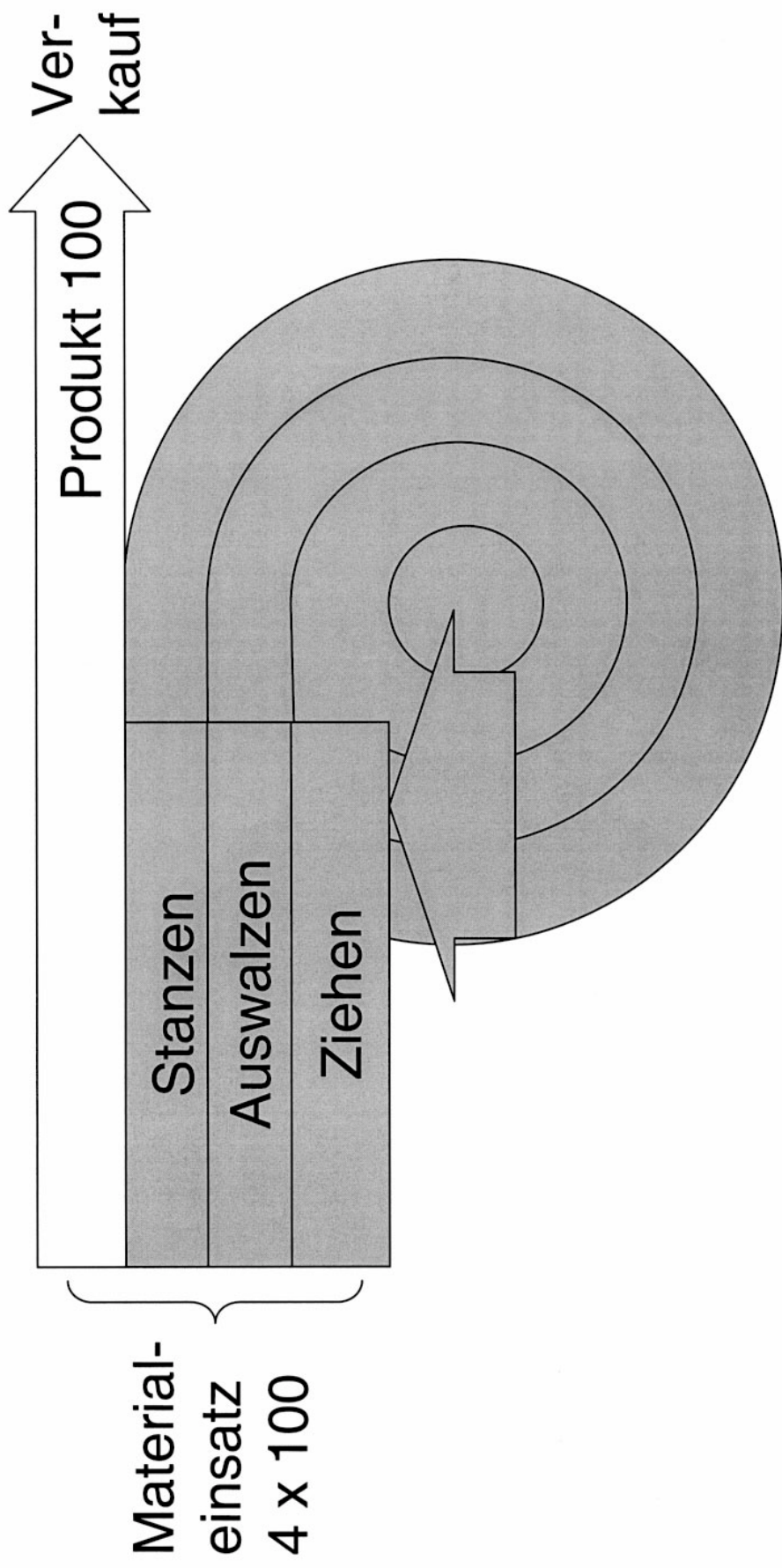
OMG AG & Co. KG - Precious Metals Management
Postfach 1351 - D-63403 Hanau-Wolfgang
Telefon (06181) 59-42 20 - Telefax (06181) 59-7 42 20

alle Werte in US-\$ / troz. (1 troz. = 31,1035 g)

Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahres- durchschnitt (gewogen)	effektive Höchst- und Tiefstwerte der einzelnen Jahre		
														Hoch	am	Tief am
1968				37,87	40,69	41,13	39,50	39,18	40,20	39,21	39,74	41,10		42,60	21.05./1	36,70 04.04./1
1969	42,30	42,61	43,17	43,30	43,46	41,44	41,76	41,11	40,87	40,46	37,43	35,18	41,11	43,65	08.05./1	35,00 div. Dez.
1970	34,94	34,99	35,09	35,62	35,95	35,43	35,33	35,38	36,19	37,54	37,45	37,43	35,96	37,90	16.11./1	34,75 16.+19.01./2
1971	37,87	38,73	38,87	39,01	40,50	40,10	40,94	42,72	42,00	42,49	42,85	43,47	40,81	43,975	06.12./2	37,325 04.01./1
1972	45,70	48,25	48,31	49,03	54,56	62,13	65,61	66,98	65,53	64,84	62,82	63,84	58,20	70,00	02.08./1+2	43,725 03.01./1
1973	65,13	74,08	84,24	90,47	101,79	119,96	120,26	106,49	103,00	100,00	94,78	106,48	97,22	127,00	35.06.+06.07.	63,90 18.01./2
1974	129,11	150,12	168,36	172,23	163,42	154,06	142,63	154,50	151,71	158,65	181,57	183,76	158,80	197,50	30.12./1	114,75 02.01./1
1975	176,57	179,57	178,18	169,95	167,34	164,24	165,02	163,08	144,20	142,72	142,49	139,29	160,87	186,25	25.02./1	128,75 23.09./1+2
1976	131,59	131,01	132,63	127,93	126,92	125,70	117,81	109,99	114,12	116,12	130,40	133,77	124,79	140,35	02.01./1	103,05 31.08./1
1977	132,29	136,23	148,28	149,18	146,57	140,80	143,39	144,98	149,43	158,85	162,12	160,47	147,81	168,15	11.11./1	129,40 11.01./1
1978	173,19	178,26	183,72	175,30	176,25	183,76	186,65	206,38	212,14	227,41	206,58	207,86	193,51	243,65	31.10./1	165,70 05.01./2
1979	227,13	245,63	242,20	239,17	257,68	279,21	294,87	300,81	354,81	391,31	391,76	459,74	305,85	524,00	31.12./1	216,55 15.01./1
1980	674,94	665,61	553,93	517,06	514,04	600,75	645,01	626,75	673,78	661,71	623,67	595,86	614,63	850,00	21.01./2	474,00 18.03./1
1981	557,60	500,28	499,23	496,21	480,01	460,63	409,28	410,20	443,76	437,72	413,39	410,11	459,21	599,25	06.01./1	391,25 04.08./2
1982	384,14	374,29	330,33	350,34	334,16	314,97	338,43	363,82	437,73	422,47	415,01	444,55	375,64	488,50	07.09./1	296,75 21.06./2
1983	481,56	492,30	420,20	433,03	437,70	412,99	422,68	416,22	412,02	393,91	381,34	388,19	423,68	511,50	15.02./1	374,25 21.1./2
1984	370,81	385,99	394,50	381,37	377,18	377,99	347,53	347,68	341,02	340,20	341,23	319,88	360,72	406,85	05.03./1	303,25 19.12./1
1985	302,82	299,47	303,57	325,08	316,38	316,39	317,21	329,96	323,56	325,97	325,42	321,86	317,33	340,90	19.+28.08./2	284,25 25.02./2
1986	345,47	338,97	345,90	340,58	342,35	342,76	348,45	376,44	417,94	423,69	397,27	391,28	368,03	442,75	22.09./1	326,00 03.01./1
1987	408,39	401,08	408,88	439,01	460,94	449,44	450,42	461,07	460,23	465,56	467,85	486,68	446,53	502,75	14.12./1	390,00 18.02./2
1988	477,17	442,10	443,55	451,55	451,19	451,49	437,54	431,17	413,45	406,59	420,07	419,15	436,82	485,30	11.01./1	389,05 26.09./1
1989	404,23	387,74	390,21	384,56	371,20	367,66	375,12	365,35	361,77	366,84	394,31	409,53	381,04	417,15	27.11./1	355,75 15.09./2
1990	410,11	416,68	393,36	374,59	368,95	352,49	362,18	394,79	389,44	381,04	381,80	377,59	383,65	423,75	07.02./2	345,85 14.06./2
1991	384,11	363,79	363,36	358,22	357,03	366,54	367,85	356,51	348,60	358,76	360,06	361,80	362,30	403,70	16.01./1	343,50 13.09./1
1992	354,44	353,88	344,49	338,67	337,14	340,79	352,59	343,33	345,36	344,33	334,97	334,73	343,91	359,60	28.07./2	330,20 10.11./1
1993	329,00	329,31	330,03	342,05	367,11	371,90	392,11	379,32	355,42	364,09	373,88	383,27	359,93	406,70	02.08./1	326,10 10.03./2
1994	366,99	361,78	364,06	377,59	381,38	385,68	385,47	380,28	391,46	389,97	384,38	379,39	384,16	397,50	28.09./1	369,65 22.04./2
1995	378,64	376,69	381,97	391,18	385,23	387,59	386,19	383,58	382,99	383,17	385,26	387,44	384,06	396,95	19.04./1	372,40 09.01./1
1996	399,07	404,84	396,36	392,86	391,96	385,26	383,47	387,43	383,21	380,99	377,86	369,18	387,80	416,25	02.02./1	367,40 03.12./2
1997	355,06	346,49	352,06	344,59	343,97	340,78	323,94	324,00	322,72	324,86	306,19	288,76	331,15	367,80	02.02./1	283,00 12.12./2
1998	289,18	297,62	295,91	308,42	299,04	292,27	292,87	284,17	288,82	296,26	294,18	291,51	294,10	314,60	23.04./1	273,40 28.08./1+2
1999	287,19	287,41	286,10	282,62	276,69	261,36	256,14	256,81	264,61	311,14	293,42	283,41	278,72	326,25	05.10./1	252,80 20.07./2
2000	284,45	300,36	286,55	279,83	275,24	285,55	281,87	274,50	273,68	270,20	266,00	271,68	279,20	316,60	07.02./1	263,80 27.+31.10.
2001	265,71	261,94	263,15	260,61	272,21	298,96	267,62	272,52	282,95	283,19	276,21	275,92	273,28	293,25	17.09./2	255,95 02.04./2
MM-TA./J6																Geldpreisentwicklung bis 2001

Anlage:

Metallkreislauf



An das
Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
Betreff: Stellungnahme zu "Proposed Improvements to IAS 17" des IASB
Charlottenstraße 59

10117 Berlin

Fax: (030) 20 64 12 - 15

Stuttgart, 16. September 2002

Stellungnahme zu „Proposed Improvements to IAS 17“

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu den vorgeschlagenen Änderungen des International Accounting Standards Nr. 17 (IAS 17) "Accounting for Leases" im Rahmen des Improvement-Projekts Stellung zu beziehen.

1. Frage 1: Bilanzierung von Leasingverträgen, die Grundstücke und Gebäude umfassen (Par. 11A-C)

Die im Entwurf vorgeschlagene Vorgehensweise einer grundsätzlich getrennten Betrachtung von Grundstück und Gebäude für die Klassifizierung des Leasingvertrags ist zu begrüßen, weil aufgrund der in der Regel nicht beschränkten Nutzungsdauer von Grundstücken eine Anwendung der Klassifikationskriterien nicht ohne Weiteres möglich ist. Der Entwurf räumt in Par. 11C eine zusammengefasste Betrachtung von Grundstück und Gebäude ein, wenn der Wertanteil des Grundstücks „unwesentlich“ ist. Wir halten diese Ausnahmeregelung für zu eng gefasst und regen eine Anpassung der Formulierung in Par. 11C auf „deutlich geringer“ oder „von untergeordneter Bedeutung“ an.

2. Frage 2: Bilanzielle Behandlung der Initial Direct Costs (IDC) (Par. 29A-38)

Wir befürworten die vorgeschlagene bilanzielle Gleichbehandlung der IDC nach IAS und US-GAAP für „sales-type“ und „direct financing“ Leasingverträge des Leasinggebers. Die Abgrenzung der nach IAS zu aktivierenden Kosten sollte – wie im Entwurf dargestellt - nach den gleichen Grundsätzen erfolgen, wie nach US-GAAP.

3. Grundsätzliche Bemerkung

Unseres Erachtens sollte die aktuelle Unsicherheit bzw. Divergenz bei der Kompatibilität von IAS und US-GAAP im Rahmen der laufenden Projekte soweit möglich ausgeräumt werden. Insbesondere in Fällen, in denen Bilanzierungsregeln nach IAS und US-GAAP auf den gleichen Grundkonzeptionen beruhen und IAS auf qualitative Kriterien oder Definitionen abstellen, die nach US-GAAP in Form quantitativer Kriterien oder Beispielen konkretisiert sind, sollte die Zulässigkeit von bzw. Konflikte mit US-GAAP Regeln von Seiten des IASB signalisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen
DaimlerChrysler AG

gez. Köthner

gez. Dr. Siener

Frau
Liesel Knorr
Generalsekretärin des
Deutschen Rechnungslegungs
Standards Committee e. V.
Charlottenstr. 59

10117 Berlin

16. September 2002

**Stellungnahme des
Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands zum
Improvements Project des International Accounting Standards Board**

Sehr geehrte Frau Knorr,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Improvements Project des International Accounting Standards Board (IASB) gestellt worden ist, Stellung zu nehmen.

Grundsätzliche Anmerkungen

Wir begrüßen die Zielsetzung des IASB, die bestehenden Rechnungslegungsgrundsätze fort zu entwickeln, um ihre Qualität zu erhöhen und die weltweite Konvergenz zu fördern. Dieses Projekt sowie die Überarbeitung der beiden Rechnungslegungsstandards IAS 32, Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung, und IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, sind für die Akzeptanz der Standards des IASB von hoher Bedeutung. Daher möchten wir darauf hinweisen, dass die Änderungsvorschläge sowohl des Improvements Projects als auch zu IAS 32 bzw. IAS 39 in sich konsistent sein sollten.

Weiterhin plädieren wir für eine angemessene Frist des In-Kraft-Tretens der geänderten Standards. Die Umsetzung bis zum 1. Januar 2003 ist unserer Auffassung nach unrealistisch, da nach Bekanntgabe der verabschiedeten Standards ausreichend Zeit für die EDV-technische Implementierung erforderlich sein muss. Daher empfehlen wir, den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens frühestens mit dem Zeitpunkt der Anwendung der IAS-Verordnung zu verknüpfen.

Darüber hinaus schlagen wir vor, dass die Veröffentlichung von Standardentwürfen nicht als Finanzierungsquelle des IASB angesehen wird, indem die Unterlagen zunächst ausschließlich Abonnenten zur Verfügung gestellt werden. Dieses Verfahren hat das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee nicht praktiziert, unserer Auffassung nach ist es einer international anerkannten Organisation unwürdig.

Anmerkungen zu den einzelnen Rechnungslegungsstandards

Exposure Draft IAS 1: Presentation of Financial Statements (Darstellung des Abschlusses)

a) Beantwortung der dem Exposure Draft vorangestellten Fragen

Frage 1:

Do you agree with the proposed approach regarding departure from a requirement of an International Financial Reporting Standard or an Interpretation of an International Financial Reporting Standard to achieve a fair presentation (see proposed paragraphs 13-16)?

Grundsätzlich sind wir mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Frage 2:

Do you agree with prohibiting the presentation of items of income and expense as „extraordinary items“ in the income statement and the notes (see proposed paragraphs 78 and 79)?

Aufgrund der ohnehin sehr engen Auslegung der Termini „außerordentlich“ sind wir mit dem Verbot der Angabe von außerordentlichen Posten einverstanden.

Frage 3:

Do you agree that a long-term financial liability due to be settled within twelve months of the balance sheet date should be classified as a current liability, even if an agreement to refinance, or to reschedule payments, on a long-term basis is completed after the balance sheet date and before the financial statements are authorised for issue (see proposed paragraph 60)?

Siehe unsere Anmerkungen zu Tz. 60 - 64

Frage 4:

Do you agree that:

a) long-term financial liability that is payable on demand because the entity breached a condition of its loan agreement should be classified as current at the balance sheet date, even if the lender has agreed after the balance sheet date, and before the financial statements are authorised for issue, not to demand payment as a consequence of the breach (see proposed paragraph 62)?

Siehe Anmerkungen zu Tz. 60 - 64

b) if a lender was entitled to demand immediate repayment of a loan because the entity breached a condition of its loan agreement, but agreed by the balance sheet date to provide a period of grace within which the entity can rectify the breach and during that time the lender cannot demand immediate repayment, the liability is classified as non-current if it is due for settlement, without that breach of the loan agreement, at least twelve months after the balance sheet date and:

- (i) the entity rectifies the breach within the period of grace; or*
- (ii) when the financial statements are authorised for issue, the period of grace is incomplete and it is probable that the breach will be rectified (see proposed paragraphs 63 and 64)?*

Keine Anmerkungen

Frage 5:

Do you agree that an entity should disclose the judgements made by management in applying the accounting policies that have the most significant effect on the amounts of items recognised in the financial statements (see proposed paragraphs 108 and 109)?

Damit sind wir einverstanden.

Frage 6:

Do you agree that an entity should disclose key assumptions about the future, and other sources of measurement uncertainty, that have a significant risk of causing a material adjustment to the carrying amounts of assets and liabilities within the next financial year (see proposed paragraphs 110-115)?

Siehe unsere Anmerkungen zu Tz. 108 - 115

b) Anmerkungen zu einzelnen Textziffern (Tz.)

Tz. 13 - 16

Gemäß den Vorschlägen zu IAS 1.13-16 darf nur dann, wenn die Befolgung von Einzelvorschriften zu Fehldarstellungen führen würde und wenn das aufsichtsrechtliche Umfeld dies erlaubt, von den IAS abgewichen werden. Dabei ist jedoch eine Begründung für das abweichende Vorgehen offen zu legen, die im Zusammenhang mit den im Rahmenkonzept dargestellten Zielen der Rechnungslegung stehen. Darüber hinaus sind auch die Auswirkungen aus der abweichenden Vorgehensweise für jeden Sachverhalt offen zu legen. U. E. geht diese Anforderung aus der Formulierung „the financial impact of departure on each item in the financial statements that would have been reported in complying with the requirements“ hervor.

Tz. 35 - 38

Gemäß IAS 1.40 sind Art, Betrag und Grund jeder Anpassung von Vergleichsinformationen anzugeben. Kann eine Anpassung nicht vorgenommen werden, sind die Gründe dafür sowie die Änderungen, die vorgenommen werden würden, offen zulegen.

U. E. wird die im Exposure Draft vorgeschlagene Formulierung nicht zu einer veränderten Vorgehensweise führen, denn es gilt weiterhin: Wird aus Praktikabilitätsgründen keine Anpassung vorgenommen, (keine Erhebung notwendiger Daten im Vorjahr oder nachträgliche Datengenerierung mit nicht vertretbarem Aufwand, ist weiterhin der Grund und die Art der unterlassenen Anpassungen offen zulegen.

Tz. 49 ff.

Die mit IAS 1.53 geforderte Untergliederung in Anlage- und Umlaufvermögen erscheint im Zusammenhang mit IAS 30.20 nicht notwendig, da davon ausgegangen werden kann, dass ein Großteil der Vermögenswerte und Verpflichtungen einer Bank kurzfristig realisiert werden können. Da IAS 30 in Ergänzung zu anderen Standards anzuwenden ist, greift er vor Vorschriften, welche die gleichen Sachverhalte regeln (IAS 30.4).

Das im Hinblick auf die Überarbeitung des IAS 30 gegründete steering committee ist mit der Aufstellung von Offenlegungsvorschriften für Finanzdienstleistungsgeschäfte betraut. Neben der Aufhebung von Vorschriften, die auch in anderen Standards formuliert sind, erfolgt die Anpassung der Offenlegungsvorschriften inklusive der Gliederungsvorgaben an die internationale Entwicklung auf dem Finanzdienstleistungssektor.

Tz. 60 - 64

Die teilweise in Darlehensvereinbarungen enthaltenen Zusicherungen des Kreditnehmers können unter der Maßgabe erfolgen, dass die Verbindlichkeit auf Anforderung zu zahlen ist, falls bestimmte Bedingungen, die die Vermögens- und Finanzlage des Kreditnehmers betreffen, verletzt werden.

Bisher wird diese Schuld nur dann als langfristig eingestuft, wenn der Kreditgeber vor der Freigabe zur Veröffentlichung des Abschlusses zugesagt hat, die Rückzahlung nicht als eine Folge des Verstoßes einzufordern und es unwahrscheinlich ist, dass weitere Vertragsverletzungen innerhalb des neuen Geschäftsjahres eintreten.

Die Vereinbarung zur Refinanzierung / Verschiebung von Zahlungen, die innerhalb des Bilanzstichtages und der Autorisierung zur Veröffentlichung des Abschlusses entstand, ist künftig nicht mehr als wertaufhellendes Ereignis zu definieren. Somit ist die o. g. Verbindlichkeit als kurzfristig zu kategorisieren.

Für Kreditinstitute dürfte diese Änderung u. E. jedoch von untergeordneter Bedeutung sein, da mit IAS 30.20 definiert wird: „Current and non-current items are not presented separately because most assets and liabilities of a bank can be realised or settled in the near future.“

Tz. 65 - 75

Dem Vorschlag des Exposure Draft, IAS 1.66 und 1.75 so zu erweitern, dass alle (momentan in anderen Standards aufgeführten) Änderungen zum Ausweis bestimmter Posten in der Bilanz und GuV zukünftig einbezogen sind, wird zugestimmt.

Tz. 76

Die Mindestgliederung der Bilanz und die Anforderungen für die Mindestgliederung der GuV ergeben sich aus zwei Standards. Zunächst aus der allgemeinen Gliederungsvorschrift des IAS 1.75 und weiterhin aus der für Banken anzuwendenden Spezialvorschrift des IAS 30.9. Zwingend wird in IAS 30.9 definiert, dass die Hauptertrags- und die Hauptaufwandsarten in die GuV aufzunehmen sind. Dabei werden mit IAS 30.10 eine Vielzahl von Aufwands- und Ertragspositionen angegeben, die entsprechend einem Wahlrecht in der GuV oder in den notes anzugeben sind. Die in IAS 1.75 angeführten Positionen sind nur begrenzt für Kreditinstitute anwendbar, so dass sich die wesentlichen GuV-Posten aus IAS 30.10 ableiten lassen. In einer empirischen Studie, die sich mit den Geschäftsberichten des Jahres 2000 von Banken beschäftigt, wurde festgestellt, dass von den ausgewerteten 13 Konzernabschlüssen nach IAS nur vier Kreditinstitute den Posten „Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit“ ausgewiesen haben (vgl. IAS für Banken; 2. Auflage).

Der Aussagekraft dieses Postens kann u. E. nur wenig Bedeutung beigemessen werden, so dass wir seine Streichung befürworten.

Tz. 78 - 79

Außerordentliche Posten sind gemäß IAS 8.12 Erträge oder Aufwendungen, die aus Ereignissen / Geschäftsvorfällen resultieren, die sich eindeutig von der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterscheiden und nicht häufig und regelmäßig wiederkehren. Als Beispiele werden mit IAS 8.14 die Enteignung von Vermögenswerten und die Folgen von Erdbeben und anderen Naturkatastrophen genannt. Außerordentliche Sachverhalte werden nach IAS sehr viel enger als nach

HGB-Recht definiert, da gemäß IAS 8.6 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weiter gefasst ist. Sind außerordentliche Posten nicht mehr zulässig, sind erfolgsneutrale Umgliederungen in der GuV zu entsprechenden Posten erforderlich.

Tz. 108 - 115

- a) Alle Entscheidungen des Managements, die im Zusammenhang mit der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze, die die größten Auswirkungen auf die im Abschluss erfassten Posten haben, stehen, sind durch das berichtserstattende Unternehmen anzugeben.

Darunter fallen Angaben, wie z. B. die Vorgehensweise der Bestimmung, wann ein Finanzinstrument als „bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestition“ zu kategorisieren ist. U. E. ist dieser Vorschlag sinnvoll, da er dem Bilanzleser ermöglicht, einen besseren Einblick in die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu gewinnen.

- b) Zusätzlich sind im Abschluss Informationen zu den wichtigsten Annahmen der Zukunft und sonstigen Bewertungsunsicherheiten, die ein wesentliches Risiko im Hinblick auf Buchwertanpassungen von Vermögenswerten und Schulden in der Folgeperiode bergen, darzustellen.

Bei der Bestimmung der Buchwerte bestimmter Klassen von Vermögenswerten und Schulden sind teilweise Schätzungen über die Auswirkungen künftiger ungewisser Ereignisse erforderlich. So z. B. bei der Ermittlung des erzielbaren Betrages bei der Veräußerung von Sachanlagen, der Höhe von Rückstellungen bei Rechtsstreitigkeiten oder bei der Ermittlung von langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer. In den Schätzungen sind Annahmen über zukünftige Zinssätze, Gehaltsentwicklungen, Inflationsraten etc. enthalten. Die mit diesen Annahmen verbundenen Unsicherheiten werden durch das Rahmenkonzept aufgegriffen. Die erweiterten Offenlegungspflichten diesbezüglich sollen die Aussagekraft der in den Jahresabschlüssen enthaltenen Informationen für den Bilanzadressaten sicherstellen.

Relevant ist somit dann eine Information, wenn sie ermöglicht, wirtschaftliche Entscheidungen der Adressaten zu beeinflussen.

Tz 117

Mit dem Exposure Draft entfallen die Angaben des Par. 102 a teilweise und des 102d vollständig. Aus unserer Sicht ist die Angabe der Mitarbeiterzahlen informativ für den Bilanzadressaten.

Neben rein sprachlichen Verbesserungen wurden weitere Änderungen vorgenommen, die u. E. als nicht wesentlich anzusehen sind:

- Austausch des Begriffes „enterprice“ durch „entity“
- Ergänzung des Par. 5 um Punkt (e) „andere Eigenkapitalbewegungen“
- Streichung des Par. 6 in IAS 1 „Responsibility for Financial Statements“

- Ergänzung des Par. 44(a) (IAS 1: 46(a)) um die Angabe der anderen Veränderungen, das Unternehmen betreffend, im Vergleich zum Vorjahresausweis
- In Par. 59ff Verwendung des Begriffes „financial liabilities“ anstelle von vormals „interest-bearing-liabilities“
- Ergänzung des Par. 65 (IAS 1: 66) um (b) investment properties; (f) biological assets;
- Kürzung des Par. 72 um die in IAS 1.74 (c) und (d) benannten Angaben
- Ergänzung des Par. 105 (IAS 1.99) um Punkt (c) „application of the equity method of accounting for investments in associates.“

Exposure Draft IAS 8:

Net Profit or Loss for the Period, Fundamental Errors and Changes in Accounting Policies

(Periodenergebnis, grundlegende Fehler und Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)

a) Beantwortung der dem Exposure Draft vorangestellten Fragen

Frage 1:

Do you agree that the allowed alternative treatment should be eliminated for voluntary changes in accounting policies and corrections of errors, meaning that those changes and corrections should be accounted for retrospectively as if the new accounting policy had always been in use or the error had never occurred (see paragraphs 20, 21, 32 and 33)?

Sowohl bei der Berichtigung grundlegender Fehler als auch bei Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird mit dem derzeit gültigen IAS 8 ein Wahlrecht zwischen der Benchmark-Methode und der alternativ zulässigen Methode eingeräumt. Nach der Benchmark-Methode ist der Berichtungsbetrag eines grundlegenden Fehlers durch eine Anpassung des Eröffnungsbilanzwertes der Gewinnrücklagen zu berücksichtigen. Die Vergleichszahlen sind anzupassen (Ausnahmen möglich). Gleiches gilt bei sich aus Methodenänderungen ergebenden Auswirkungen. Hat eine Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wesentliche Auswirkungen auf die Berichtsperiode, eine frühere Periode oder auf zukünftige Methoden, bestehen gemäß IAS 8.53 zusätzliche Angabepflichten.

Nach der alternativ zulässigen Methode ist der Betrag aus der Korrektur grundlegender Fehler im Ergebnis der laufenden Periode zu berücksichtigen. Vergleichszahlen werden nicht angepasst, sie sind wie in den Abschlüssen der früheren Perioden darzustellen; ist es praktikabel, sind ergänzende, angepasste Vergleichszahlen (pro-forma) anzugeben.

Im Gegensatz dazu sieht die alternativ zulässige Methode bei der Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden eine rückwirkende Anwendung der geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethode analog der Benchmark-Methode vor, es sei denn, der auf frühere Perioden entfallende Anpassungsbetrag kann

nicht vernünftig ermittelt werden. Allerdings werden hier die Anpassungsbeträge in der laufenden Periode erfolgswirksam erfasst; Vergleichswerte werden nicht angepasst.

Dieses differenzierte Vorgehen bei gleichen Sachverhalten lässt relativ große Spielräume zu, die u. E. mit dem Vorschlag des ED 8, nur noch die Benchmark-Methode anzuwenden, deutlich eingeschränkt werden.

Da jedoch bei unangemessenen hohen Kosten / Aufwand von der Anpassung der Vergleichsinformation abgesehen werden kann, sind hier auch weiterhin Erleichterungen gegeben.

Insgesamt stellt jedoch die retrospektive Anpassung einen deutlichen Mehraufwand dar.

Frage 2:

Do you agree with eliminating the distinction between fundamental errors and other material errors (see paragraphs 32 and 33)?

Siehe unsere Ausführungen zu Tz. 3

b) Anmerkungen zu einzelnen Textziffern

Tz. 3

Eine Abgrenzung von grundlegenden Fehlern, die so große Auswirkungen auf den Abschluss einer oder mehrerer früherer Perioden haben, so dass diese Abschlüsse zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nicht länger als verlässlich angesehen werden können und von anderen Fehlern, deren Auswirkungen weniger bedeutsam sind, soll nicht mehr vorgenommen werden. Die Vereinheitlichung der Fehlertermini wird nicht befürwortet, da dies impliziert, für sämtliche Fehler umfangreiche Angaben machen zu müssen und die Vorperioden entsprechend anzupassen.

Dabei sind mit den Notesangaben, modifiziert von den bisher geforderten Angaben, zusätzliche Informationen zu publizieren. Es sind explizit offen zulegen:

- Art des Fehlers;
- Berichtungsbetrag für jede dargestellte frühere Periode;
- Berichtungsbedarf der Perioden, die nicht als Vergleichszahlen angegeben werden;
- die Tatsache, dass die Vorjahreszahlen angepasst wurden oder dass deren Anpassung nicht durchgeführt wurde wegen zu hohem Aufwand / Kosten.

U. E. sollte nach wie vor zwischen grundlegenden Fehlern und anderen Fehlern differenziert werden; für andere Fehler sollten dabei Erleichterungen, auch in Bezug auf zu korrigierende Vorperioden, eingeräumt werden.

Tz. 19

Es sollte ausreichend sein, die Art der künftigen Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den geplanten Zeitpunkt seiner Anwendung anzugeben. Schätzungen der Auswirkungen dieser Anwendung stellen einen sehr hohen Aufwand dar, der u. E. auch durch einen Informationsgewinn nicht zu rechtfertigen ist.

Tz. 20

Siehe Anmerkungen zu Frage 1

Tz. 32; 33

Der aus der Korrektur eines Fehlers resultierende Anpassungsbetrag wird ergebnisneutral mit dem Eigenkapital verrechnet. Die Vergleichsinformationen im Abschluss der Berichtsperiode sind entsprechend anzupassen. Davon kann jedoch abgesehen werden, wenn die Beschaffung mit unangemessenen hohen Kosten / Aufwand verbunden ist.

Exposure Draft IAS 10:

Events After the Balance Sheet

(Ereignisse nach dem Bilanzstichtag)

Abgesehen von rein sprachlichen Verbesserungen und dem Austausch des Begriffs „enterprise“ in „entity“ gibt es folgende wesentliche Änderung in Tz. 12:

Die bisherige Wahlmöglichkeit, die beschlossenen Dividenden in der Bilanz als gesonderten Bestandteil des Eigenkapitals oder im Anhang anzugeben entfällt.

Änderungsvorschlag:

Wenn Dividenden nach dem Bilanzstichtag aber vor Freigabe des Jahresabschlusses zur Veröffentlichung beschlossen wurden, sind diese nicht als Verbindlichkeit in dem den Zeitraum betreffenden Jahresabschluss anzusetzen, da sie nicht die Kriterien einer bestehenden Verpflichtung gemäß IAS 37, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen erfüllen. Diese Dividenden sind im Anhang in Übereinstimmung mit IAS 1, Darstellung des Jahresabschlusses zu veröffentlichen.

Exposure Draft IAS 16:

Property, Plant and Equipment

(Sachanlagen)

Folgende vorgeschlagene Änderung hat u. E. für Kreditinstitute bedeutsame Auswirkungen. Es wird im Entwurf vorgesehen, dass Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer für jeden Vermögensgegenstand des Sachanlagevermögens jährlich zum Ende des Geschäftsjahres überprüft werden soll. Bei enger Auslegung dieser Regelung wäre eine Dokumentation der entsprechenden Überprü-

fungen notwendig, so dass erheblicher Aufwand entstehen kann. Die jährliche Überprüfung halten wir für nicht sachgerecht. Anpassungen der unterstellten Nutzungsdauer bzw. der Abschreibungsmethode sind u. E. nur notwendig, sofern signifikante Änderungen eingetreten sind. Weiterhin ist anzumerken, dass hinsichtlich des Anteils an der Bilanzsumme, das Sachanlagevermögen bei Kreditinstituten eine untergeordnete Rolle spielt. Anpassungen und von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden würden daher bei Kreditinstituten keine merklichen Auswirkungen im Jahresabschluss haben. Dem Arbeitsaufwand stehen daher keine Verbesserungen der Aussagekraft des Jahresabschlusses gegenüber. Wir lehnen die vorgeschlagene Änderung daher ab. Die bisherige Forderung nach periodischen Überprüfungen lässt u. E. mehr Spielraum für die Betrachtung deren Wesentlichkeit und Nutzen.

Exposure Draft IAS 17: Leases (Leasing-Verhältnisse)

Grundsätzlich führt die vorgeschlagene Änderung zu einer konsistenten Erfassung von Aufwendungen und Erträgen in Zusammenhang mit Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Exposure Draft IAS 21: Changes in Foreign Exchange Rates (Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse) in Verbindung mit

Beantwortung der einzelnen Fragen

Frage 1

Do you agree with the proposed definition of functional currency as „the currency of the primary economic environment in which the entity operates“ and the guidance proposed in paragraphs 7-12 on how to determine what is an entity`s functional currency?

Mit dieser Regelung sind wir einverstanden.

Frage 2

Do you agree that a reporting entity (whether a group or a stand-alone entity) should be permitted to present its financial statements in any currency (or currencies) that it chooses?

Mit dieser Änderung sind wir nicht einverstanden. Wir empfehlen die verpflichtende Regelung, dass Darstellungswährung und Funktionswährung identisch sein müssen.

Die Einräumung dieses Wahlrechtes eröffnet neue Ermessensspielräume. Durch Währungsumrechnung entstehen Umrechnungsdifferenzen, die nicht zu mehr Klarheit und Transparenz bei den Adressaten der Jahresabschlüsse führen. Zumindest sollte die Kontinuität der Darstellungswährung verpflichtend sein.

Frage 3

Do you agree that all entities should translate their financial statements into the presentation currency (or currencies) using the same method as is required for translating a foreign operation for inclusion in the reporting entity's financial statements (see paragraphs 37 and 40)?

Die im Änderungsentwurf beschriebene Festlegung, die Umrechnung der Bilanzpositionen mit dem Stichtagskurs umzurechnen ist unproblematisch.

Die Umrechnung der GuV-Positionen mit dem zeitnahen Kurs des Geschäftsvorfalles (Transaktionskurs) bzw. einem Durchschnittskurs von der Funktionswährung in die Darstellungswährung, bedeutet einen erheblichen Aufwand für die Datenhaltung und für die Erstellung des Jahresabschlusses.

Im Grunde heißt dies, alle ergebniswirksamen Buchungen müssen in zwei Währungen separat bewertet werden. Es sind quasi zwei Buchhaltungen zu führen.

Zudem hat diese Vorgehensweise den Nachteil, dass die Ergebnisse bedingt durch Währungsschwankungen voneinander abweichen können. Eine Zinseinnahme z. B. in AUD würde für die Funktionswährung in Euro und für die Präsentationswährung zusätzlich in USD umgerechnet werden.

Ermittelt ein Bilanzleser nun zum Vergleich das USD-Ergebnis in Euro, so kann eine Abweichung entstehen zum Ergebnis in Funktionswährung Euro, weil das Austauschverhältnis zwischen Euro / USD und Euro / AUD voneinander abweicht.

Die mögliche Alternative (Appendix A15 a und b), die direkte Umrechnung des Abschlusses von der lokalen Währung in die Darstellungswährung führt zum gleichen Ergebnis und erscheint nicht weniger aufwendig.

Wir schlagen vor, die Währungsumrechnung der Bilanz- wie auch die GuV-Positionen mit dem Stichtagskurs vorzunehmen. Die Vergleichszahlen sollten mit dem Stichtagskurs des Vorjahres bzw. die GuV sollte mit dem Durchschnittskurs des Vorjahres umgerechnet werden. Grundsätzlich sind die tatsächlich festgestellten Vorjahreswerte anzusetzen.

Diese Methode hat folgende Vorteile:

- es entstehen keine neuen Umrechnungsdifferenzen
- die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen bleiben unverändert
- es gibt keine Gestaltungsspielräume bei der Präsentation des Jahresabschlusses
- für die Jahresabschlussadressaten ergibt sich ein eindeutiges und klares Bild

Frage 4

Do you agree that the allowed alternative to capitalise certain exchange differences in paragraph 21 of IAS 21 should be removed?

Ja, mit diesem Vorschlag sind wir einverstanden.

Frage 5

Do you agree that

a) goodwill and

b) fair value adjustments to assets and liabilities

that arise on the acquisition of a foreign operation should be treated as assets and liabilities of the foreign operation and translated at the closing rate (see paragraph 45)?

Durch den Wegfall des Wahlrechts, den Firmenwert zum historischen Transaktionskurs zu bilanzieren, entstehen zukünftig Währungsumrechnungsgewinne oder -verluste.

Da ein Investment in einer Fremdwährung, tatsächlich ein Währungsrisiko darstellt und ein Hedge schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen sinnvoll erscheint, geht die vorgeschlagene Änderung konform mit den betriebswirtschaftlichen Aspekten.

Wir stimmen dem Änderungsvorschlag zu.

Exposure Draft IAS 24:

Related Party Disclosures

(Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen)

a) Beantwortung der dem Exposure Draft vorangestellten Fragen

Frage 1

Do you agree that the Standard should not require disclosure of management compensation, expense allowances and similar items paid in the ordinary course of an entity's operations (see paragraph 2)?

"Management" and "compensation" would need to be defined, and measurement requirements for management compensation would need to be developed, if disclosure of these items were to be required. If commentators disagree with the

Board's proposal, the Board would welcome suggestions on how to define "management" and "compensation".

Ja

Frage 2

Do you agree that the Standard should not require disclosure of related party transactions and outstanding balances in the separate financial statements of a parent or a wholly-owned subsidiary that are made available or published with consolidated financial statements for the group to which that entity belongs (see paragraph 3)?

Ja

b) Anmerkungen zu einzelnen Textziffern

Tz. 9 (d)

Es sollte weiter konkretisiert werden, welche Leitungsebenen in die Definition des key management personnel einzubeziehen sind.

Tz. 17 i.V.m. Tz. 14 (b) (i)

Die Angaben nach Tz. 14 (b) (i) sollten nur dann erforderlich sein, wenn die vereinbarten Konditionen nicht den marktüblichen entsprechen. Andernfalls wäre die Fülle der anzugebenden Informationen von dem Abschlussadressaten nur sehr schwer interpretierbar und somit nicht zielführend.

Exposure Draft IAS 27:

Consolidated Financial Statements and Accounting for Investments in Subsidiaries

(Konzernabschlüsse und Bilanzierung von Anteilen an Tochterunternehmen)

a) Beantwortung der dem Exposure Draft vorangestellten Fragen

Frage 1

Do you agree that a parent need not prepare consolidated financial statements if all the criteria in paragraph 8 are met?

Nein, Tz. (b) und (c) sollte gestrichen werden. Die Pflicht zur Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses für den Fall, dass Wertpapiere öffentlich gehandelt werden, könnte statt dessen als nationales Wahlrecht implementiert werden. Es ist zu bezweifeln, ob der Nutzen der durch einen Teilkonzernabschluss vermittelten zusätzlichen Informationen den Aufwand übersteigt, der mit seiner Erstellung verbunden ist. Diese Frage stellt sich z. B. insbesondere dann, wenn die Wertpapiere durch die Konzernobergesellschaft garantiert werden.

Frage 2:

Do you agree that minority interests should be presented in the consolidated balance sheet within equity, separately from the parents shareholders' equity (see paragraph 26)?

Ja

Frage 3a:

Do you agree that investments in subsidiaries, jointly controlled entities and associates that are consolidated, proportionately consolidated or accounted for under the equity method in the consolidated financial statements should be either carried at cost or accounted for in accordance with IAS 39, Financial Instruments: Recognition and Measurement, in the investor's separate financial statements (paragraph 29)?

Ja

Frage 3b:

Do you agree that if investments in subsidiaries, jointly controlled entities and associates are accounted for in accordance with IAS 39 in the consolidated financial statements, then such investments should be accounted for in the same way in the investor's separate financial statements (paragraph 30)?

Ja

b) Anmerkungen zu einzelnen Textziffern

Tz. 13

Für Venture Capital Gesellschaften sollte die Regelung des IAS 28.1 auch in Bezug auf Tochtergesellschaften übernommen werden. Die Regelung in Tz. 13 ist in Hinblick auf den dort festgelegten Veräußerungszeitraum für Venture Capital Gesellschaften nicht ausreichend.

Ein längerer Zeitraum als 12 Monate sollte auch zulässig sein, wenn die Verkaufsabsicht öffentlich bekannt gemacht oder der Verkauf endgültig eingeleitet wurde.

Darüber hinaus sollte konkret die Aussage getroffen werden, dass die hier genannten Anteile der Kategorie Trading des IAS 39 zuzuordnen und entsprechend zu behandeln sind.

**Exposure Draft IAS 28:
Accounting for Investments in Associates
(Bilanzierung von Anteilen an assoziierten Unternehmen)**

a) Beantwortung der dem Exposure Draft vorangestellten Fragen

Frage 1

Do you agree that IAS 28 and IAS 31, Financial Reporting of Interests in Joint Ventures, should not apply to investments that otherwise would be associates or joint ventures held by venture capital organisations, mutual funds, unit trusts and similar entities if these investments are measured at fair value in accordance with IAS 39, Financial Instruments: Recognition and Measurement, when such measurement is well-established practice in those industries (see paragraph 1)?

Ja. Allerdings fehlt eine Definition von Venture Capital Gesellschaften, bzw. sollte sichergestellt werden, dass die Regelung in IAS 28.1 Satz 2 lediglich auf solche Beteiligungen angewendet wird, die im Rahmen der klassischen Geschäftstätigkeit von Venture Capital Gesellschaften gehalten werden. Beteiligungen die dazu bestimmt sind, eine dauernde Verbindung herzustellen, sollten auch von diesen Gesellschaften nach IAS 28 bewertet werden.

Frage 2

Do you agree that the amount to be reduced to nil when an associate incurs losses should include not only investments in the equity of the associate but also other interests such as long-term receivables (paragraph 22)?

Nein. Die Ausdehnung der Vorschrift, bei einem den Equity-Wert übersteigenden anteiligen Verlust nicht nur den eigentlichen Equity-Buchwert auf Null abzuschreiben, sondern darüber hinaus in der Reihenfolge ihrer Liquidierbarkeit auch andere langfristige Engagements, ist abzulehnen. Die Regelung sollte nicht über die in SIC 20 genannten Finanzinstrumente hinausgehen, d. h. nur auf solche Finanzinstrumente anzuwenden sein, die uneingeschränkte Rechte auf einen Anteil am auszuschüttenden Gewinn sowie am Liquidationserlös verkörpern.

Die Bewertung der übrigen Finanzinstrumente ist ausreichend durch IAS 39 geregelt. Da andauernde Verluste, die das anteilige Eigenkapital übersteigen, ein deutliches Indiz für die Wertminderung von Forderungen gegenüber diesem assoziierten Unternehmen sind, wären diese Bereits gemäß IAS 39 abzuschreiben. Die Ermittlung des Wertminderungsbetrages sollte dann ausschließlich nach dem dort festgelegten Verfahren erfolgen.

Ebenso können andauernde Verluste dazu führen, dass eine Garantieübernahme für bzw. Eventualverbindlichkeit gegenüber dem assoziierten Unternehmen tatsächlich in Anspruch genommen wird und daher eine Rückstellung nach IAS 37 zu bilden ist.

Sachverhalte sollten u. E. nicht zweifach geregelt werden, wir halten statt dessen einen Verweis auf IAS 37 bzw. IAS 39 für sinnvoll.

b) Anmerkungen zu einzelnen Textziffern

Tz. 8

Ein längerer Zeitraum als 12 Monate sollte auch zulässig sein, wenn die Verkaufsabsicht öffentlich bekannt gemacht oder der Verkauf endgültig eingeleitet wurde.

Darüber hinaus sollte konkret die Aussage getroffen werden, dass die hier genannten Anteile der Kategorie Trading des IAS 39 zuzuordnen und entsprechend zu behandeln sind.

Tz. 18

Die Verschärfung der bisherigen Regelungen dahingehend, dass der Unterschied zwischen den Abschlussstichtagen nicht mehr als 3 Monate betragen darf, ist abzulehnen. Es ist zu bezweifeln, dass bei nur maßgeblichen Einfluss eine Verlegung des Abschlussstichtages bzw. die Aufstellung eines Zwischenabschlusses verlangt werden kann.

Tz. 20

Eine Verpflichtung, die Jahresabschlüsse von assoziierten Unternehmen an konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzupassen ist ebenfalls abzulehnen. Ein nur maßgeblicher Einfluss reicht zur Durchsetzung dieser Forderungen u. E. nicht aus.

Tz. 27

(b) Die Angabe von zusammengefassten Informationen zur Bilanzsumme, Erlösen und Jahresergebnis ist für den Adressaten so nicht aussagekräftig und sollte unterbleiben.

Tz. 28

Es sollte ermöglicht werden, die Angabe des after tax profits entweder in der GuV oder in den Notes vornehmen zu können.

Die Verpflichtung, Informationen zu Discontinuing Operations offen zu legen sollte unterbleiben. Ein nur maßgeblicher Einfluss reicht zur Beschaffung dieser Angaben u. E. nicht aus.

Exposure Draft IAS 40:

Investment Property

(Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien)

Die vorgeschlagenen Änderungen des IAS 40 betreffen insbesondere die Regelungen in diesem Standard zur Behandlung von Leasingverhältnissen bei als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien.


Die Fragen 1 und 2 zielen auf die vorgeschlagenen Änderungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Leasingverhältnissen. Vorgeschlagen wird, dass Operating-Leasingverhältnisse als Finanzinvestition gehaltene Immobilien klassifiziert werden dürfen. Erforderlich dafür ist, dass die Anforderungen an als Finanzinvestition gehaltene Immobilien erfüllt werden und die Immobilie zum Fair Value bewertet wird. Dies würde weiterhin zur Bilanzierung des Leasinggegenstandes entsprechend einem Finanzierungs-Leasingverhältnis führen (Bilanzierung beim Leasingnehmer).

Von Interesse ist dieser Vorschlag u.E. insbesondere für das Leasing von Grundstücken, die entsprechend IAS 17 als Operating-Leasingverhältnis zu klassifizieren sind. Für Kreditinstitute wird die vorgeschlagene Änderung nur geringfügige Bedeutung haben. Die Gefahr der vorgeschlagenen Änderung liegt in der möglichen Doppelerfassung von Vermögensgegenständen in der Bilanz des Leasingnehmers und des Leasinggebers. Während beide Parteien vermutlich zu einer einheitlichen Einstufung des Leasingverhältnisses kommen, kann die Erfassung des Leasinggegenstandes beim Leasingnehmer als Finanzinvestition durch den Leasinggeber nicht nachvollzogen werden. Entsprechend schafft die vorgeschlagene Änderung zwar mehr Bilanzierungsspielraum, kann jedoch zu Inkonsistent führen.

Frage 3 richtet sich auf die Beibehaltung des Wahlrechtes zur Folgebewertung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien mit Fair Value oder fortgeführten Anschaffungskosten. Die Beibehaltung des Wahlrechtes ist u. E. zu begrüßen. Die Fair Value Bewertung von Immobilien ist u. E. generell als problematisch einzustufen, da valide und nachvollziehbare Werte kaum verfügbar sind.

Für Rückfragen zu unseren Änderungsvorschlägen und Anmerkungen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands



(Dr. Hans-Joachim Beyer)



(Lothar Jerzembek)